



«Alles andere ist Harakiri»

RÜCKTRITT Nach elf Jahren tritt Martina Munz aus dem Nationalrat zurück. Ein Gespräch über den ökologischen Fortschritt und seine ungewisse Zukunft.

**Interview: Simon Muster,
Fotos: Robin Kohler**

Am vergangenen Dienstag diskutierte der Nationalrat einen Antrag aus der nationalrätlichen Umweltkommission. Eine Minderheit wollte mehr Geld für die Pflege von bestehenden Schutzgebieten sowie von Biotopen von nationaler Bedeutung. Das Thema ist brisant, die Abstimmung zur Biodiversitäts-Initiative, die mehr Geld und mehr Schutzflächen fordert, steht kurz bevor. Und der Abstimmungskampf ist von jener Konstellation geprägt, die inzwischen gang und gäbe ist in der Schweizer Politik: Landwirte auf der einen Seite, Umweltverbände auf der anderen Seite.

Letztere vertritt seit Jahren und auch an diesem Dienstag Martina Munz – Agronomin, links, Schaffhauser Nationalrätin. Auf die Frage von SVP-Präsident und Bauer Marcel Dettling, ob sie wirklich abstreite, dass die Migration zur Biodiversitätskrise beitrage, antwortete sie – mit einem Arm auf das Rednerpult gestützt, den Zeigefinger und Daumen der anderen Hand geformt zu einem O: «Vielen Dank, Herr Dettling, für diese Frage und für das Verdrehen meiner Worte im Mund.» Es wird eines ihrer letzten Voten sein. Am Mittwoch gab die 69-Jährige nach elf Jahren ihren Rücktritt aus dem Nationalrat bekannt.

Ein paar Tage zuvor empfängt uns Martina Munz in ihrem Sichtbackstein-Haus in Hallau. Von ihrer Stube blickt man in ihren Garten, ein schöner Naturteich, ein Mönchpfeffer, Feigen und vertrocknete Wildblumen. Dahinter öffnet sich das ganze Chläggi. Auf dem Holzboden liegen Spielsachen – ein Plüschhund auf Rollen, ein Holzspiel, ein dunkelblauer Bobbycart. Martina Munz bringt Gipfeli, Kaffee und Trauben und setzt sich an den ovalen Holztisch.

Martina Munz, Sie treten per 2. Dezember 2024 nach elf Jahren aus dem Nationalrat ab. Wieso gerade jetzt?

Martina Munz: Der wichtigste Grund: Ich konnte in diesem Jahr noch einige meiner wichtigsten Geschäfte abschliessen. Zudem war im Voraus schon klar, dass ich meinen Sitz im Fall einer Wiederwahl rasch an Linda De Ventura übergeben werde. So hat sie genug Zeit, um sich bis zu den nächsten Wahlen einen Namen machen.

Noch im August 2023 sagten Sie während eines Podiums, dass Sie die Legislatur zu Ende machen werden, sofern Sie gesund bleiben.

Ich habe während des Wahlkampfes nie einen Hehl daraus gemacht, dass ein Wechsel aufgrund meines Alters zu erwarten ist. Die Antwort am Podium war aber eine taktische Antwort. Auch wir dürfen uns mal taktisch verhalten, nicht nur die Bürgerlichen.

Mit anderen Worten: Sie haben die Wählerinnen und Wähler ein wenig an der Nase herumgeführt.

Nein, wie gesagt: Ich wollte die wichtigen Energie- und Umweltthemen, die noch in der Beratung waren, abschliessen. Grundsätzlich macht mir das Amt auch immer noch Freude und ich bin kein bisschen amtsüde. Ich fühle mich vor einer Session immer wie vor einem Klassenlager. Ich freue mich, meine Gspänli wiederzusehen und mit ihnen zu arbeiten. Und nach drei Wochen in Bern denke ich dann: Endlich kann ich dieses Bienenhaus wieder verlassen.

Als Sie vor elf Jahren für Hans-Jürg Fehr in den Nationalrat nachrückten, sagten Sie, die Nichtwahl von Christiane Brunner in den Bundesrat 1993 sei der Grund gewesen, in die Politik zu gehen. Wie war es, die vergangenen Jahre als einzige Frau den Kanton Schaffhausen in Bern zu vertreten? Dafür muss ich kurz einen grösseren Bogen schlagen.

«Albert Rösti hat einen Politikstil in den Bundesrat gebracht, den ich als «trumpistisch» bezeichnen würde.»

Gerne.

Dass eine kompetente Frau nicht in den Bundesrat gewählt wurde, aus dem einzigen Grund, weil sie eine Frau ist, hat meinen Mann und mich damals schockiert – aber auch viel Energie bei uns ausgelöst. Kurz darauf haben wir hier in Hallau die SP gegründet. Mein Mann war damals im Gemeinderat und hat mir gesagt, wenn unsere Kinder nicht mehr so klein seien, werde er seine politischen Ämter abgeben und mir die Bühne überlassen. Als er das zum ersten Mal sagte, dachte ich: Ja, ja, mal sehen.

Sie dachten, er werde politische Karriere machen und Sie ihm den Rücken frei halten. Genau. Aber dann kam er eines Tages vom Gemeinderat zurück und sagte: «So, ich habe meinen Rücktritt gegeben, jetzt bist du dran.» Ich war schon auf der Kantonsratsliste und konnte nachrücken. So kam ich im Jahr 2000 in die Politik. Die verbesserte Verkehrsanbindung des Klettgaus mit der Elektrifizierung der DB-Linie, die ich im Kantonsrat erreichen konnte, ist ein wichtiger Meilenstein

meiner Karriere. Nach 13 Jahren Kantonsrat, Fraktionspräsidium und Parteipräsidium folgte der Nationalrat. Da habe ich aber schnell gemerkt, dass es in der Politik noch lange nicht der Normalfall ist, dass sich Männer und Frauen auf Augenhöhe begegnen, so wie wir es in unserer Familie gewohnt waren. Auch in meiner eigenen Partei brauchte es in den letzten Jahren neuen Schwung, um Gleichstellungsthemen wieder voranzutreiben. Deshalb bin ich sehr froh, dass gerade in diesem Thema mit der AL und den SP-Frauen wieder Power in die SP Schaffhausen gekommen ist.

Wir beobachten eine Art Backlash gegen den ökologischen Fortschritt der vergangenen Jahre. Das Parlament foutiert sich um das Klimaurteil aus Strasburg, wonach die Schweiz gegen Menschenrechte verstösst, weil sie zu wenig gegen den Klimawandel unternimmt, und will Autobahnen ausbauen. Eine vom Bundesrat einberufene Experten-Gruppe schlägt vor, beim Klimaschutz zu sparen.

Und Sie haben die Gentechnik vergessen. Bundesrat Rösti will eine Gesetzeslücke schaffen, damit man bald nicht mehr weiss, ob man jetzt gentechnisch veränderte oder normale Trauben isst (*zeigt auf die Schale voller Trauben aus ihrem eigenen Garten*). Aber Sie haben recht, die aktuelle Legislatur ist sehr hart für uns. Nach den Wahlen 2019 waren linke und ökologische Kräfte in Bern stärker vertreten. In der Umweltkommission konnten wir mit dem Stromgesetz, dem Solarexpress oder dem Rettungsschirm für die Axpo wichtige Entscheide fällen. Wir mussten kämpfen und Federn lassen, die bürgerliche Seite aber auch. Doch diese Basis, die wir vergangene Legislatur erarbeitet haben, wird gerade zunichte gemacht.

Und genau jetzt treten Sie, eine der profiliertesten Umweltpolitikerinnen, zurück. Müssten Sie die Umwelt nicht über die Partei stellen?

Ich habe lange mit viel Herzblut für die Umwelt gekämpft. Es gibt immer einen Grund, weiterzumachen. Irgendwann ist auch mal gut. Es braucht neue Kräfte. Denn nicht nur die Umweltpolitik, sondern auch das Mietrecht ist unter Beschuss, und dafür ist meine Nachfolgerin beispielsweise sehr gut gewappnet. Natürlich tut es mir weh, meine Dossiers zu verlassen. Innerhalb der SP gehöre ich zu den wenigen mit naturwissenschaftlichem Background. Zudem kenne ich mich gut in der Raumplanung und Landwirtschaft aus. Es ist zwar ein unter Linken verpönte Begriff, aber mir liegt der Schutz unserer Heimat am Herzen.

Was ist für Sie Heimat?

Heimat ist die Landschaft, die Siedlungsstruktur, mit der wir uns identifizieren und in der wir uns wohl fühlen. Jodeln und Fahnen-schwingen kann man für 50 Jahre vergessen und dann wieder aufleben lassen. Aber wenn wir unserer Landschaft nicht Sorge tragen, geht sie kaputt. Dann haben wir nur noch – ich sage jetzt etwas Böses – gesichtslose Siedlungen wie im Beringerfeld.

Was unterscheidet ihre Heimat von jener, die die SVP vor der 10-Millionen-Schweiz bewahren will?

Die SVP unterstellt, dass jeder Migrant, jede Migrantin die Fläche eines Einfamilienhauses beansprucht. Wer sich um unsere Landschaft und um die Zuwanderung sorgt, muss das mit einer Kritik am Wirtschaftswachstum verbinden. Schauen Sie sich das Datenzentrum in Beringen an. Dort hat man für Server, die eigentlich unter eine Autobahn gehören, wunderbares Industrieland verbaut, einstöckig selbstverständlich. Mit dem Argument, das Zentrum schaffe Arbeitsplätze. Aber hallo, die angeblichen Arbeitsplätze stehen in keinem Verhältnis zu der riesigen Fläche, die verbaut wurde! So etwas können wir uns auf unserem besten Grund und Boden nicht mehr leisten.

Sie setzen sich seit Jahrzehnten auch gegen ein Atomendlager in der Region ein. Der Bundesrat will künftig wieder den Neubau von Atomkraftwerken erlauben. Auch hier – ein Backlash gegen die Antiatombewegung. Albert Rösti hat einen Politikstil in den Bundesrat gebracht, den ich als «trumpistisch» bezeichnen würde.

Wie meinen Sie das?

Schauen wir uns die Biodiversitätsinitiative an. Wie die Republik vergangene Woche bekannt machte, hatte Rösti folgenden Satz aus dem Abstimmungsbüchlein streichen lassen: «Die Biodiversität in der Schweiz befindet sich heute in einem besorgniserregenden Zustand, der sich anhaltend verschlechtert.» Diese Tatsache nicht anzuerkennen und der Bevölkerung vorzuenthalten, ist schlicht eine Leugnung der Biodiversitätskrise, über die wissenschaftlicher Konsens besteht!

Man könnte auch sagen: Die Rechten machen einfach besser Machtpolitik als die Linke. Albert Rösti wird Bundesrat und will wieder AKW bauen. Beat Jans kommt an die Macht und verschärft aus vorauseilendem Gehorsam das Asylrecht.

Albert Rösti macht Machtpolitik. Aber er hat es auch einfach: Wenn er das Gesetz oder die Verfassung nicht einhalten will – und das

macht er zurzeit bei mehreren Dossiers-, kann er das zusammen mit der bürgerlichen Mehrheit im Parlament einfach durchsetzen. Diese Verlotterung der demokratischen Spielregeln macht mir Sorge. Die besonnenen Kräfte haben zurzeit keine Mehrheit, weder im Bundesrat noch im Parlament.

Aber auf Verordnungsebene kann sich auch eine SP-Bundesrätin oder Bundesrat für ein menschlicheres Asylsystem einsetzen. Wenn er oder sie das dann wollte.

Das Asylossier hat viele Facetten und muss immer wieder neu justiert werden. Es gibt einzelne Asylsuchende, die sich mit kriminellen Absichten in Empfangszentren begeben und dann auf Einbruchstouren ausschwärmen, auch hier im Chläggi. Dass dieser Missbrauch geahndet wird, liegt auch in unserem Interesse, damit echte Asylsuchende zu ihren Rechten kommen. Aber ich habe auch eine andere Frage: Wieso wird gerade Beat Jans das Asylossier zugeschoben, einem Politiker, der sich in der Landwirtschafts- und Umweltpolitik bewiesen hat, wenn das Asylthema bei der SVP oberste Priorität hat?

Sagen Sie es uns.

Weil sie Angst haben, sich die Finger zu verbrennen. Das Asylossier ist eine Herkulesaufgabe.

Die Nachfolgerin:

Mit dem Rücktritt von Martina Munz per 2. Dezember rückt **Linda De Ventura** in den Nationalrat nach. Die Sozialarbeiterin sitzt seit 2015 im Kantonsrat. Bei den eidgenössischen Wahlen im Herbst 2023 belegte sie mit nur 139 Stimmen Abstand den zweiten Platz hinter Martina Munz.



Auch das Verbandsbeschwerderecht für Umweltorganisationen wie Aqua Viva, die Sie präsidieren, ist unter Beschuss. Sie haben gegen die Trift-Staumauer im Berner Oberland, dem die Stimmbevölkerung mit dem Ja zum Stromgesetz eine Vorzugsbehandlung gewährt hat, Beschwerde eingereicht. Selbst ihr Schaffhauser Parteikollege Simon Stocker befürchtet, dass Sie mit Beschwerden die Energiewende ausbremsen.

Moment mal. Das Verbandsbeschwerderecht ist kein Vetorecht. Es kann nur einberufen werden, wenn bei einem Projekt die Gesetze nicht eingehalten werden. So stand es übrigens auch im Abstimmungsbüchlein. Zwischen 2010 und 2020 wurden in der Schweiz 750 Kraftwerke neu gebaut, die meisten im Bereich der Wasserkraft. Beschwerden wurden nur vereinzelt eingelegt. Letztes Jahr waren es zwei, im Jahr davor drei. Eine Beschwerde ohne Hand und Fuss wird sowieso schnell abgelehnt. Wenn nun Parlamentarierinnen und Parlamentarier das Verbandsbeschwerderecht einschränken wollen, rufen sie faktisch dazu auf, gegen die Gesetze zu verstossen, die sie selbst schreiben. Das finde ich schon ein starkes Stück.

Trotzdem brauchen wir zukünftig mehr Strom aus erneuerbaren Energien, wenn die Energiewende gelingen soll. Woher soll er kommen?

Wir wissen, dass wir bis 2035 35 Terawattstunden an erneuerbaren Energien brauchen, um von den fossilen Brennstoffen wegzukommen. Das sieht das Stromgesetz vor, zu dem die Stimmbevölkerung vor drei Monaten Ja gesagt hat. Allein 30 Terawattstunden sollen Photovoltaikanlagen auf bestehender Infrastruktur – auf Dächern und Fassaden, Überdachung von Parkflächen und Perrons sowie entlang der Autobahnen – liefern. Dieser Ausbau geht fürschi. Bei der Wasserkraft ist bereits 95 Prozent des Potenzials abgeschöpft, viele Bäche sind bereits vollständig verbaut. Dabei ist ein grosser Teil unserer Biodiversität an das Wasser gebunden. Ich war gerade vergangene Woche in der Trift, die Sie angesprochen haben. Dort hat es einen sprudelnden Bergbach, der weiter unten im Tal gefasst ist. Danach hat es kein Wässerchen mehr. Man sieht zwar noch das alte Flussbett, doch es gibt darin kein Leben mehr.

Und die Windenergie? Der Präsident der Stiftung Landschaftsschutz, in der Sie auch im Stiftungsrat sitzen, sagte der AZ vor gut einem Jahr, dass die Schweiz kein prädestiniertes Windkraftland sei.

Ich bin auch Mitglied von Pro Wind Schaffhausen. Meine persönliche Haltung: Ich würde sofort auch Windturbinen auf dem Hallauer Berg und auf dem Hagen prüfen. Schöner als

Strommasten sind sie allemal. Die Windenergie soll bis 2035 nochmals zwei Terawattstunden liefern. Wenn man die Umwelt- und Vogelschutzorganisationen früh genug ins Boot holt, können Projekte gelingen. Wie beim Windpark Verenafohren. Dort werden die Turbinen ausgeschaltet, wenn sich ihnen Zugvögel nähern. So wird verhindert, dass Vögel geschnetzelt werden.

Kaffeepause, Martina Munz holt aus der Küche ein Pack Tartufl, Marke Fine Food. Fair Trade. Als sie sich wieder an den Tisch setzt, zeigen wir auf eine unserer Kaffeetassen. Während des Gesprächs hat sich eine winzige Hausschnecke die Seitenwand der Tasse hochgekämpft. Nun sitzt sie oben auf dem Tassenrand und ruht sich aus. Sie habe die Häuserschnecken in ihrem Garten für beiliegend erklärt, sagt Munz mit einem Lächeln. «Seither habe ich keine Nacktschnecken mehr. Die Häuserschnecken vernichten deren Eier.»



Von ihren Partei- und Kommissionskolleginnen werden sie als gut vorbereitet und strebsam beschrieben. Sie haben in ihren elf Jahren im Nationalrat viele Vorstösse eingereicht, bei der Verwaltung nachgefragt und nachgehakt. Aufsehererregendes gab es von Ihnen aber selten.

Doch, doch. Ich habe etwa durchgebracht, dass Schulklassen günstiger mit dem ÖV reisen müssen oder dass der Bund seine Infrastruktur mit Solarzellen bestücken muss. Viele meiner Vorstösse zielen zudem darauf ab, ein Thema überhaupt in die politische Diskussion zu bringen. Aktuell beschäftigt mich zum Beispiel TFA ...

Was ist das?

Trifluoracetate, sind Ewigkeits-Chemikalien, die in vielen Pflanzenschutzmitteln enthalten sind. Ich stelle der Verwaltung mit Interpellationen verschiedene Fragen und sensi-

bilisiere für das Thema: Welche Studien gibt es bereits, wie geht die EU vor. Ich spreche auch mit Expertinnen und Experten. Solche Fragen muss man über einen längeren Zeitraum immer wieder bearbeiten, bis das Thema auf der Prioritätenliste der Verwaltung nach oben rutscht und es am Ende zu einem Verbot kommt.

Was Sie beschreiben, ist eine wissenschaftliche, aufwendige und wenig glamouröse Form der Politik. In ihrer Partei gibt es aber auch Leute wie Jacqueline Badran oder Cédric Wermuth, die eher einen amerikanischen Stil der Politik betreiben: schnelle Statements mit viele Emotionen auf Social Media.

Ich kann ihnen sagen, dass die zwei Personen, die Sie ansprechen, eine sehr fundierte Politik machen. Aber ja, ich habe sicher nicht die Aura, mit der ich ein Publikum in den Bann ziehe. Ich suche die mediale Öffentlichkeit aber auch nicht.

Ihre designierte Nachfolgerin Linda De Ventura in die SP hat sich bisher vor allem in der Sozial- und Bildungspolitik profiliert. Wer führt Ihren Kampf für die Umwelt weiter?

Ich habe eine Riesenfreude, dass Linda meine Nachfolgerin wird. Sie ist eine tolle, aktive Frau, die wie ich die Themen Gleichstellung und familienergänzende Kinderbetreuung auf dem Schirm hat, aber zusätzlich als Sozialarbeiterin auch noch den fachlichen Hintergrund mitbringt. Bei meinen Themen wird es wohl ein Vakuum geben. Aber das kann sich ändern. Auch ich musste in Bern zuerst auch die Felder und finden, in denen ich meine Politik entwickeln konnte.

Und Sie – ziehen Sie sich ganz aus der Politik zurück?

Ich werde mich weiterhin in verschiedenen Organisationen für Umweltthemen engagieren. Aber was die klassische Politik betrifft, werde ich einen Vollstop hinlegen. Ich freue mich jetzt auf die Zeit mit meinen neun Enkelkindern. Die beiden Ältesten konnte ich dieses Jahr schon auf eine Wanderung zu einer SAC-Hütte mitnehmen. Ich freue mich auch darauf, im Winter mal eine zweitägige Skitour zu machen, ohne am Tag darauf gleich zur nächsten Sitzung hetzen zu müssen.

Aber der Backlash gegen den ökologischen Fortschritt geht weiter. Schaffen wir es, die Klimakrise zu bewältigen?

Ja, wir müssen das schaffen. Gemeinsam. Alles andere wäre Harakiri.

Mitarbeit: Luca Miozzari, Hanneke Keltch